



FRANKFURT

Frankfurter Rundschau

Montag, 16. Februar 2009 | 65. Jahrgang | Nr. 39 | 5-Ausgabe



MY GENERATION Der sieht ja fast so aus, wie ich, mag der Betrachter der Videoinstallation in einem Schaufenster in der Lübke-Siedlung denken. Die Stuttgarter Künstlerinnen

Uta Weyrich und Eva Paulitsch zeigen dort noch bis zum 7. März täglich von 19 bis 23 Uhr in der Heinrich-Lübke-Straße 9 E eine vierminütige Videoschleife. Jugendliche haben Szenen aus ihrem Alltag mit dem Handy gefilmt, Situationen im Kaufhaus, am Fahrradständer oder beim Burgerbräter. Daraus entstand die Kunst in der Endlosschleife.

nen aus ihrem Alltag mit dem Handy gefilmt, Situationen im Kaufhaus, am Fahrradständer oder beim Burgerbräter. Daraus entstand die Kunst in der Endlosschleife.

ALEX KRAUS

SPD macht Streit zur Privatsache

Everts legt mit Klage gegen Nissen nach

Von unseren Redaktionsmitgliedern

Die hessische SPD-Spitze reagiert zurückhaltend auf einen innerparteilichen Rechtsstreit zwischen der früheren Landtagsabgeordneten Carmen Everts und der Frankfurter Bundestagskandidatin Ulli Nissen. „Das ist eine Privatangelegenheit zwischen den beiden“, sagte der designierte hessische SPD-Vorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel der FR am Sonntag. Der Frankfurter Parteivorsitzende Gernot Grumbach wollte sich auf Anfrage der FR nicht dazu äußern, dass Everts jetzt gegen Nissen mit einer Klage nachlegen will.

Zuvor war bekannt geworden, dass Everts Strafanzeige gegen Nissen gestellt hat. Der Vorwurf: Beleidigung. Everts zählte zu den vier Abtrünnigen in der hessischen SPD-Fraktion, die die Wahl von SPD-Chefin Andrea Ypsilanti zur Ministerpräsidentin verhinderten. Die Ypsilanti-Anhängerin Nissen hatte bei einem Parteitag der Frankfurter SPD im Dezember gesagt, Everts sollten „die Beine abfaulen“. Die Frankfurter SPD hatte danach diskutiert, ob Nissen Kandidatin bleiben könne und sich dafür entschieden. Nissen selbst bedauerte am Sonntag, dass ihre Entschuldigung von Everts nicht akzeptiert werde. Sie habe sich umgehend an Everts gewandt und um Entschuldigung gebeten.

Eine andere SPD-Abweiche-lerin, die Darmstädterin Dagmar Metzger, ist als Delegierte zum SPD-Landesparteitag am 28. Februar nominiert. Metzger kündigte an, dass sie für Thorsten Schäfer-Gümbel als SPD-Vorsitzenden stimmen werde. Schäfer-Gümbel reagierte auf diese Nachricht mit dem Satz: „Jeder Delegierte hat das Recht, sich zu entscheiden, wie er es für richtig hält.“

Bei dem SPD-Parteitag in zwei Wochen wird die gesamte Führungsmannschaft neu gewählt. Schäfer-Gümbel sagte, er sei entschieden, wen er als Generalsekretär vorschlagen werde. Namen wollte er aber nicht nennen. Dieser Posten wird traditionell mit einem engen Vertrauten des Parteichefs besetzt.

Grumbach sagt zu der Sache nichts

Verloren ist nichts

Sicherungsfonds übermittelt 95 Millionen Euro für Ausfälle bei US-Bank Lehman

Von Matthias Arning

Das Geld ist da. Und eine gewisse Erleichterung ist Uwe Becker am Sonntag schon anzumerken. 95 Millionen Euro aus dem Bankensicherungsfonds erreichen jetzt die Stadtkasse. Für Kämmerer Becker keine Überraschung, und doch will er den Geldingang nicht als Selbstverständlichkeit abtun: Nun lasse sich verlässlich davon ausgehen, dass Anlagen in Festgeld bei der insolventen US-amerikanischen Bank Lehman Brothers nicht verloren sind. Betonung auf: Anlagen. Für Zertifikate gilt das Versprechen des Sicherungsfonds nicht.

Private wie öffentliche Investoren waren von der Insolvenz des Geldinstituts zu Beginn der weltweiten Finanzkrise kalt erwischt worden. Privatleute schlossen sich inzwischen zur Interessengemeinschaft der Lehman-Geschädigten zusammen. Manche versuchten bereits, die Frankfurter

Sparkasse vor Gericht im Fall Lehman für falsche Beratungen verantwortlich zu machen, weil man sie zum Kauf von Wertpapieren ermuntert habe, als die Krise der Bank sich bereits abzeichnen lasse. Zuletzt wies das Frankfurter Amtsgericht die Klage eines Inhabers von Lehman-Zertifikaten gegen die Sparkasse ab, weil von einer Falschberatung keine Rede sein könne. Vielmehr seien die Investoren erfahrene Anleger, die um das mit dem Handel von Papieren verbundene Risiko hätten wissen müssen.

Die Stadt hatte hingegen Festgeld bei der US-Bank angelegt. Am Ende der vorigen Woche habe der Bankensicherungsfonds 95 Millionen Euro überwiesen, berichtete Becker. Damit gibt es für den Kämmerer keinen Grund mehr, am städtischen Investitionsprogramm zu zweifeln. Das Paket umfasst 400 Millionen Euro. Darüber hinaus baut die Kommune auf Mittel aus dem zweiten Konjunk-

turpaket, das der Bund über die Länder an die Kommunen übermitteln will, um in der Krise gezielt Investitionen gerade mit Blick auf mittelständische Unternehmer voranzubringen.

Irritationen über Wiesbaden

In diesem Zusammenhang hatte in der vergangenen Woche ein einziger Satz in der Koalitionsvereinbarung der Schwarzen und der Gelben in Wiesbaden für erhebliche Verstimmung in Frankfurt gesorgt. Mit diesem Satz kündigten die Koalitionäre an, Gewerbesteuerstarke Kommunen künftig für die Zahlungen an den Länderfinanzausgleich noch kräftiger zur Kasse zu bitten. Begründet wird diese Absicht mit dem Bemessungsverfahren des Länderfinanzausgleichs zwischen Geberländern und Nehmerländern: Die Geber müssen mehr zahlen, wenn Kommunen in ihrem Bereich auf hohe Einnahmen aus der Gewerbesteuer bauen können.

Von 80 Millionen Euro, die Frankfurt künftig zusätzlich aufbringen müsse, ist die Rede. Diese Zahl jedoch, betonte Kämmerer Becker am Sonntag im Gespräch mit der FR, sollte man nicht als konkrete Vorgabe nehmen. „Bis auf den einen Satz in der Koalitionsvereinbarung gibt es dazu noch nichts“, hob der CDU-Politiker hervor. Die Summe dürfe ohnehin niedriger werden, da in den kommenden Jahren nicht mit Gewerbesteuern in der Dimension der Vergangenheit zu rechnen sei. Das städtische Investitionsprogramm würde durch mögliche Forderungen aus Wiesbaden nicht in Mitleidenschaft gezogen. Wenn es der neuen Landesregierung allein um die Gewerbesteuer gehe, stelle sich „auch ein rechtliches Problem“, sagte Becker. Oberbürgermeisterin Petra Roth hatte in der vorigen Woche bereits deutlich gemacht, auf entsprechende Forderungen des Landes umgehend mit einer Klage reagieren zu wollen.